



Newsletter des Netzwerks Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.

FORUM KRISTA

Ausgabe - September 2023



VORWORT

Liebe Leser,
wir freuen uns sehr, mit dieser Ausgabe unseren neuen Newsletter vorzustellen. Diesen erhalten Sie ab sofort zum Download auf unserer Website, über unseren Telegram-Kanal sowie demnächst auch per E-Mail über eine Newsletterfunktion.

Verschaffen Sie sich einen Überblick: Monatlich informieren wir Sie über Aktuelles aus der Rechtsprechung und den Medien. Um den Newsletter knapp zu halten, beschränken wir uns bei der Medienschau regelmäßig auf die Wiedergabe der dortigen Überschriften. Ferner finden Sie Verweise auf unsere aktuellen eigenen Beiträge, mit denen wir uns differenziert mit rechtsstaatlichen Problemstellungen auseinandersetzen. Viel Freude bei der Lektüre!

INHALT

1	Vorwort
2 - 3	Aus der Rechtsprechung
3	Aktivitäten von KRiStA
4 - 11	Fundstücke aus den Medien
11	Bücher
11	Aufsätze
11	Impressum

AUS DER RECHTSPRECHUNG



07.09.2023 OLG Braunschweig: Urteil vom 07.09.2023 – 1 ORs 10/231:

Die Verwendung des „Judensterns“ unter Ersetzung des Wortes „Jude“ durch die Wörter „nicht geimpft“ erfüllt den Tatbestand der Volksverhetzung gem. § 130 Abs. 3 StGB nicht, da die Verpflichtung der Juden zum Tragen des Judensterns, die durch die „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden“ vom 1. September 1941 eingeführt wurde, für sich genommen noch keinen Völkermord im Sinne von § 6 Abs. 1 Nr. 3 VStGB darstellt; die Kennzeichnung einer Gruppe ist juristisch von der „auf körperliche Zerstörung gerichteten lebensgefährlichen Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen“ zu trennen. Die bloße Verwendung des „Ungeimpft-Sternes“ in einem – ggf. auch öffentlich zugänglichen – F.-Profil erfüllt ohne Hinzutreten weiterer Umstände nicht den Tatbestand der Volksverhetzung gem. § 130 Abs. 3 StGB, da es an der Eignung zur Störung des öffentlichen Friedens fehlt. ([Beck Online](#))

15.09.2023 BVerfG, Beschluss vom 15.09.2023 – 2 BvR 1082/23:

Erfolglose Verfassungsbeschwerde gegen künftige Mitwirkung Deutschlands an Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften 2005 und am internationalen Pandemievertrag. Die WHO-Mitgliedstaaten befinden sich in Verhandlungen über den möglichen Abschluss eines internationalen Pandemievertrags, in dem verschiedene Maßnahmen der Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion geregelt werden sollen. In diesem Zusammenhang sollen auch die Internationalen Gesundheitsvorschriften überarbeitet werden. Die Verhandlungen dauern noch an. Die Beschwerdeführerin meint, dass die WHO aufgrund der derzeit verhandelten Regelungen legislative und exekutive Gewalt erhalten solle und hierdurch die Souveränität der Mitgliedstaaten aufgehoben werde. Die Verfassungsbeschwerde ist unzulässig. Die zukünftige Mitwirkung Deutschlands an dem geplanten Abschluss eines Pan-

demieabkommens und der geplanten Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften ist kein tauglicher Beschwerdegegenstand. Sie löst keine innerstaatlichen Rechtswirkungen aus, die geeignet wären, die Beschwerdeführerin in ihren Rechten zu verletzen. Da die Verhandlungen auf internationaler Ebene noch andauern, gibt es auch kein Zustimmungsgesetz, das mit der Verfassungsbeschwerde angegriffen werden könnte. ([Bundesverfassungsgericht Pressemitteilung](#))

21.09.2023 EuGH: Urteil vom 21.09.2023 – C-143/22:

Keine unmittelbare Abschiebung bei Grenzkontrollen an EU-Binnengrenzen. Auch wenn ein EU-Staat vorübergehend wieder an seinen Binnengrenzen kontrolliert, darf er einen dabei aufgegriffenen illegal eingereisten Drittstaatsangehörigen nicht unmittelbar abschieben. Laut EuGH muss er trotzdem die Rückführungsrichtlinie beachten und zunächst eine Rückkehrentscheidung erlassen. Laut Europäischem Gerichtshof kann hier zwar die Einreise nach dem Schengener Grenzkodex verweigert werden, die Rückführungsrichtlinie müsse aber dennoch eingehalten werden - auch wenn die Einreiseverweigerung dadurch wirkungslos bleibe. Die Richtlinie sei immer dann anzuwenden, wenn ein Drittstaatsangehöriger illegal eingereist sei - mithin auch, wenn er an einem Grenzübergang aufgegriffen wird, der im Hoheitsgebiet des kontrollierenden EU-Staats liege. Etwas anderes gelte zwar an den EU-Außengrenzen; hier könnten illegal einreisende Drittstaatsangehörige ausnahmsweise vom Anwendungsbereich der Rückführungsrichtlinie ausgenommen werden. Dies gelte aber nicht an Binnengrenzen - auch nicht, wenn dort wieder kontrolliert wird. Die Entscheidung liegt auf der Linie der bisherigen Rechtsprechung des EuGH ([Beck Online](#))

Rechtsstaat und Demokratie in der Krise

Analysen und Ausblick

Symposium mit
Dr. Michael Andrick,
Prof. Volker Boehme-Neßler,
Prof. Ulrike Guérot und
Rechtsanwalt Philipp Kruse, LL.M.

Vorträge – Debatten – Podiumsdiskussion

Volkspark
Schleifweg 8a
06114 Halle (Saale)

Samstag, 21.10.2023
10–19 Uhr



Informationen und Tickets auf
www.netzwerkkrista.de

AKTIVITÄTEN VON KRISTA

Symposium 21.10.2023 in Halle (Saale):

Rechtsstaat und Demokratie in der Krise –
Analysen und Ausblick

Referenten:

Prof. Dr. Dr. Volker Boehme-Neßler: Politische Krisen und gesellschaftliche Spaltung als Herausforderung. Welche Rolle kann – und muss – die Verfassung spielen?

Philipp Kruse, LL.M.: Die WHO-Reformprojekte zur Pandemiebekämpfung: Dauerhafte Auswirkungen auf die verfassungsrechtliche Grundordnung der Mitgliedstaaten

Prof. Dr. Ulrike Guérot: Simulative Demokratie – über die Aushöhlung rechtsstaatlicher Verfahren

Dr. Michael Andrick: Der Totalitarismus baut sich seinen Staat

FUNDSTÜCKE AUS DEN MEDIEN

30.08.2023 [Alexander Wallasch](#): Ralf Ludwig spricht über die Vernehmung von Lothar Wieler vor dem Corona-Untersuchungsausschuss.

31.08.2023 [AUF1.info](#): Eine hochaktuelle begutachtete Studie im Wissenschaftsmagazin „climate“ weist anhand von Messdaten nach, dass der von Medien und Politik behauptete „menschgemachte“ Klimawandel alles andere als sicher ist.

31.08.2023 [Verfassungsblog](#): Für eine völker- und verfassungsrechtskonforme Klimaschutzpolitik; effektive Maßnahmen gegen die Erderwärmung statt Verwässerung des Klimaschutzgesetzes!

31.08.2023 [Der Corona Elefant](#): Mehr Evidenz zur Hemmung des Immunsystems durch mRNA-Impfung .



01.09.2023 [Kontrafunk](#): Der Rechtsstaat: Widersprüche; Thomas-M. Seibert im Gespräch mit Dieter Aebi, Clivia von Dewitz, Ulrich Fischer und Michael R. Moser; die Strafrichterinnen Dr. Clivia von Dewitz berichtet über die jüngste Weigerung des Bundesverfassungsgerichts, im Betäubungsmittelrecht den Begriff der „nicht geringen Menge“ zu bestimmen, und kommentiert die Pläne zur Cannabis-Legalisierung.

03.09.2023 [Berliner Zeitung](#): Übersterblichkeit: Studie sieht Zusammenhang mit Covid-19, nicht mit Impfungen; eine Studie mit insgesamt etwa 10,5 Millionen Versicherten erfasst erstmals den Zusammenhang zwischen Todesfällen und Erkrankungen in den Jahren 2020 bis 2022.

03.09.2023 [Norbert Häring](#): Nackt in der Gesundheitscloud - Wie unsere Körper und Biodaten zum Rohstoff und zur Ware werden.

05.09.2023 [WELT](#): Kritischer Richter bestraft – Dieses brisante Corona-Urteil gehört aufgehoben; von Elisa Hoven, Frauke Rostalski.

05.09.2023 [The Epoch Times](#): Milliarden Menschen haben sich gegen COVID-19 mit verschiedenen, neuartigen und schnell zugelassenen Präparaten impfen lassen. Ärzte müssen vor der Impfung umfassend über Wirksamkeit und Sicherheit des Impfstoffes aufklären. Was das bedeutet, macht Epoch Times Gastautor Bastian Barucker in einem fiktiven Impfgespräch deutlich.

05.09.2023 [Apollo News](#): „POST-VAC-SYNDROM“ Charité-Studie: Schwere neurologische Schäden infolge von Corona-Impfung.

05.09.2023 [WELT](#): Wenn die linksgrüne Partypolizei ihr Meinungsmonopol durchsetzt. Harald Schmidt wird attackiert, weil er auf einer Party gemeinsam mit Hans-Georg Maaßen und Matthias Matussek abgelichtet wurde. Die linken Blasen wollen das Recht auf Privatsphäre abschaffen. Die Idee, man müsse jederzeit kontrolliert und ressentimentfrei sein, ist aber menschenfeindlich.

07.09.2023 [tkp](#): Britische Daten zeigen absolutes mRNA-Impfdesaster – je mehr geimpft, desto höher die Todesraten.

08.09.2023 [Cicero](#): Muss die Geschichte der Corona-Pandemie revidiert werden, weil das Virus aus einem chinesischen Labor stammt? Der renommierte Genetiker Günter Theißen kritisiert im Cicero Podcast Wissenschaft die Einseitigkeit nicht nur bestimmter Experten, sondern auch der meisten Medien.

08.09.2023 [Spiegel](#): Bundestag beschließt Heizungsgesetz; das Gebäudeenergiegesetz hat eine große Hürde genommen: Der Bundestag hat das umstrittene Vorhaben mit klarer Mehrheit verabschiedet.

08.09.2023 [WELT](#): Eine Tat und kein Täter; von Henryk M. Broder. Die Deutschen brauchen von Zeit zu Zeit einen Sündenbock, den sie schlachten können, um sich ihre eigene immerwährende Rechtschaffenheit zu beweisen. Aktuell ist es Hubert





Aiwanger. Die Unschuldsvermutung gilt schon lange nicht mehr.

09.09.2023 [Berliner Zeitung](#): Der Hausarzt Erich Freisleben fordert eine offene Debatte über die Corona-Impfstoffe. Pharma, Politik und Medien müssten in die Pflicht genommen werden.

10.09.2023 [ntv](#): Prozesse dauern immer länger; Deutsche Staatsanwälte ersticken in Strafverfahren. Staatsanwaltschaften bearbeiteten 2022 so viele Fälle wie nie. Dies legt ein zentrales Problem offen: Die Zahl der Verfahren ist viel zu hoch, immer seltener kommt es zu einer Anklageerhebung. Das Personal fehlt, die Fälle werden komplexer. Das wirkt sich auf die Prozessdauer aus.

11.09.2023 [NachDenkSeiten](#): Haltet den Dieb – er hat mein Messer im Rücken! Forscher Michael Klundt zur Corona-Aufarbeitung. „Aus meiner Sicht kamen die exzessiven Praxen stundenlanger Maskenpflicht – verbunden mit anderen rigiden Maßnahmen – einer nachhaltigen Kindeswohlgefährdung gleich.“ Das sagt der Kindheitsforscher Professor Michael Klundt im Interview mit den NachDenkSeiten.

12.09.2023 [Report24](#): Rechtsanwalt Philipp Kruse: Regierungen gegenüber WHO loyaler als den eigenen Völkern.

13.09.2023 [WELT](#): „Horrende Kosten“ – Mehr als 3,5 Milliarden für Corona-Tests in Schulen und Kitas.

14.09.2023 [Achgut](#): Impfschäden: Lauterbachs Etikettenschwindel; am Runden Tisch von Gesundheitsminister Karl Lauterbach wurde offiziell, was Kritiker der Impfkampagne seit Längerem vermuten: Impfschäden werden zu Long Covid umetikettiert.

18.09.2023 [Reitschuster](#): (Nicht-)Impfparzt Habig kommt nach 16 Monaten aus dem Gefängnis frei; völlig unerwartete Wende nach Skandal-Urteil wegen Impfatten ohne Impfung.

21.09.2023 [Nordkurier](#): Untersuchungsausschuss – Gesundheitsministerium setzt Wieler unter Druck.

21.09.2023 [LTO](#): Zurückweisungen von Drittstaatsangehörigen an EU-Binnengrenzen sind regelmäßig rechtswidrig. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) ent-

schieden (Urt. v. 21.09.2023, Az. C-143/22 | ADDE). Das Gericht bleibt damit bei seiner bisherigen Entscheidungspraxis (u.a. EuGH, Urt. v. 19.03.2019, Az. C-444/17, Arib).

22.09.2023 [Tichys Einblick](#): Faeser für leichteren Familiennachzug? Alle Tore stehen nach Deutschland offen – EuGH verbietet Zurückweisungen.

22.09.2023 [Tichys Einblick](#): Corona-Herbst 2023; Corona- und Impfpflicht-Protagonisten schon wieder in Hochform; die neue Corona-Impfung gilt als „wirksam“, obwohl sie nicht vor Ansteckung und Weitergabe der Krankheit schützt: Ein Impfstoff mit zweifelhaftem Nutzen-Risiko-Profil. Das hält Ampel und RKI nicht davon ab, die Spritze auf medizinisch fragwürdige Weise zu bewerben. An Aufarbeitung denkt niemand; von Lothar Krimmel.

22.09.2023 [BILD](#): Kommentar von Gunnar Schupelius; Bitte keine neue Corona-Panik.

22.09.2023 [Odyssey](#): „Gesetze auf Zuruf“ gefährden Rechtsstaat. Punkt.PRERADOVIC mit Prof. Dr. Thomas-Michael Seibert.

22.09.2023 [Berliner Zeitung](#): „Unrecht wiedergutmachen“: Slowenien zahlt Corona-Strafen zurück; Bußgelder gegen Corona-Verstöße wurden in Slowenien nachträglich als verfassungswidrig eingestuft. Das Parlament hat nun die Rückzahlung der Strafen beschlossen.

24.09.2023 [Tichys Einblick](#): Cum-Ex-Skandal: Wie man erfolgreiche Ermittler entmacht; der 49-jährigen Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker ist es zu verdanken, dass der Bundesgerichtshof grundsätzlich bestätigt hat: Die sogenannten Cum-Ex-Geschäfte waren rechtswidrig. Unter den Augen des grünen Justizministers von Nordrhein-Westfalen, Benjamin Limbach, wird die bisher so erfolgreiche Ermittlerin Brorhilker nun entmacht. Der Limbach gegenüber weisungsgebundene derzeitige Leiter der Staatsanwaltschaft Köln plant, Brorhilkers Hauptabteilung aufzuteilen. Die Oberstaatsanwältin soll wohl die Hälfte ihrer Mitarbeiter und Fälle abgeben.

25.09.2023 [Cicero](#): Gericht hält Habecks Atomkraft-Akten für unvollständig; erst verschleppt Robert Habecks Wirtschaftsministerium unseren Antrag auf Akteneinsicht zur AKW-Laufzeitverlängerung und lässt es auf eine Klage ankommen. Jetzt kam bei der Gerichtsverhandlung heraus, dass in den Akten wohl wichtige Unterlagen fehlen.

25.09.2023 [WELT](#): Ein Rätsel, wie so ein Staat auf Loyalität seiner gefrusteten Bürger hoffen kann; egal, ob es um die Wirtschaftskrise, den Umgang mit den Radikalen der „Letzten Generation“ oder die unregelmäßige Migration geht: Die Regierung tut so, als ob sie das fast nichts angeht. Zugleich tritt der Staat seinen Bürgern immer autoritärer entgegen.

27.09.2023 [Handelsblatt](#): ROUNDUP/Cum-Ex-Ermittlungen: Hauptabteilung wird



aufgeteilt – Vorwürfe; etwa die Hälfte der Verfahren zu Cum-Ex-Steuerdelikten soll in eine neue Hauptabteilung der Kölner Staatsanwaltschaft wandern. Dazu soll eine zweite Hauptabteilung gebildet werden. Das hat NRW-Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) am Mittwoch dem Rechtsausschuss des NRW-Landtags mitgeteilt. Limbach wehrte sich gegen den Vorwurf, die leitende Cum-Ex-Ermittlerin Anne Brorhilker damit entmachten zu wollen. Es gehe um Entlastung, sagte er. „Es ist für einen zu viel. Es geht darum, die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen und zu vermeiden, dass die Taten verjähren. Das ist meine Sorge.“ Deswegen habe er dem Vorschlag des Chefs der Kölner Staatsanwaltschaft am vergangenen Freitag zugestimmt, die Hauptabteilung, die sich um die 120 Cum-Ex-Ermittlungsverfahren mit 1700 Beschuldigten kümmert, in zwei Hauptabteilungen aufzuteilen und einen zweiten Hauptabteilungsleiter zu benennen. Bei Cum-Ex-Geschäften schoben Investoren Aktien rund um den Dividendenstichtag mit („cum“) und ohne („ex“) Ausschüttungsanspruch hin und her. In der Folge erstatteten Finanzämter Kapitalertragsteuern, die gar nicht gezahlt worden waren. Dem Staat entstand so ein Schaden von geschätzten zehn Milliarden Euro.

27.09.2023 [Achgut](#): Cum Scholz, Cum Ex: Abschluss einer Staatsanwältin; die in Sachen Cum-Ex- und Olaf Scholz-Affäre unerbittliche Kölner Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker soll offenbar demontiert werden. Erweist der Merkel-getreue NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst dem Kanzlerinnen-Kronprinzen Olaf Scholz einen letzten Gefallen?

28.09.2023 [T-Online](#): Corona ist zurück; Virologe Kekulé rät zu Masken im ÖPNV.

28.09.2023 [Achgut](#): Die große mRNA-Abrechnung eines Weltklasse-Kardiologen; der renommierte Kardiologe Dr. Peter McCullough rechnete in einer EU-Anhörung in fachlich und rhetorisch virtuoser Weise mit der Corona-Impfkampagne ab. Die Achse hat seine Rede ins Deutsche übersetzt. Die Aufarbeitung schreitet voran, die Luft wird stetig dünner für Pharmamärchen-Erzähler in Regierungs- und Medienverantwortung.

28.09.2023 [WELT](#): Digital Services Act; Wie die EU Proteste ausschalten will; ein EU-Gesetz erlaubt seit Sommer 2023 die Zensur reichweitenstarker sozialer Medien. Plattformen wie Facebook, YouTube und X könnten bei sozialen Unruhen ganz abgeschaltet werden. Die eine Begründung für den Digital Services Act ist totalitär, die andere verlogen.

28.09.2023 [Junge Freiheit](#): WHO-Pandemievertrag: Bundesverfassungsgericht schmettert Klage ab.

28.09.2023 [FAZ](#): Der Direktor der Klinik für Neurologie am Universitätsklinikum Essen, Christoph Kleinschnitz: „Mit Long Covid schürt man nur noch Angst.“

28.09.2023 [Cicero](#): „Was passiert, wenn die DNA in den Zellkern eindringt?“ In Chargen des Impfstoffs Comirnaty wurde wiederholt Fremd-DNA entdeckt. Wissenschaftler machen sich Sorgen. Doch das Bundesgesundheitsministerium wiegelt ab. „Cicero“ sprach mit der Mikrobiologin und Immunologin Brigitte König, die den Impfstoff untersucht hat.

28.09.2023 [LTO](#): VG Münster nennt Bewerbungsverfahren ‚manipulativ‘; NRW-Justizminister darf nicht Wunschkandidatin durchsetzen (VG Münster, Beschl. v. 28.09.2023, Az. 5 L 583/23). Die Bewerberin aus dem Innenministerium in NRW wurde von Limbach als für das Amt „hervorragend geeignet“ beurteilt. Das Justizministerium schlug daraufhin die Besetzung des Postens mit jener Bewerberin vor. Gegen diese Auswahlentscheidung hatte sich einer der anderen Bewerber, bisher Richter am Bundesverwaltungsgericht, per Eilantrag zum VG Münster gewehrt. Das Gericht gab dem Antrag statt und entschied: Der Antragsteller habe einen Anspruch auf erneute Entscheidung über seine Bewerbung.

Das Aussetzen des Bewerbungsprozesses stelle eine „manipulative Verfahrensgestaltung“ dar und verletze den Antragsteller in seinem Bewerbungsverfahrensanspruch. Außerdem seien mindestens die beiden „Überbeurteilungen“, die der NRW-Justizminister für den Bundesrichter und die Beamtin aus dem NRW-Innenministerium verfasst hatte, rechtswidrig. Die Kompetenz für solche weitergehenden dienstlichen Beurteilungen stehe ihm lediglich für Beamte und Richter seines Geschäftsbereichs zu, dem die beiden Bewerber nicht zuzuordnen seien. Offenbar sei bereits auf der Ebene des Beurteilungsverfahrens „zielorientiert“ die zukünftige Auswahlentscheidung gesteuert worden sei, so das VG Münster in einer Pressemitteilung

29.09.2023 [Apollo News](#): Mail-Protokolle, die Scholz schwer belasten könnten, werden seit Wochen vom grünen NRW-Justizminister mit absurden Argumenten herausgezögert. Gleichzeitig entmachtet er persönlich die wichtigste Ermittlerin. Jetzt verstrickt er sich in Widersprüche.

29.09.2023 [tkp](#): Arbeit, Impfung und Recht: Ein epochales Urteil in Italien; Italien hatte sehr restriktive Maßnahmen im Rahmen der Impfkampagne verfügt. Insbesondere wurde eine Suspendierung vom Arbeitsplatz für Ungeimpfte vorgeschrieben, die

dann auch kein Gehalt mehr erhielten. Besonders übel dabei ist, dass die für Personen über 50 Jahren galt, so als könnten diese nicht mehr für sich selbst entscheiden. Dazu gibt es nun ein Urteil eines Gerichtes, das dieses Arbeitsverbot aufhebt.

29.09.2023 [Reitschuster](#): Gericht watscht Grünen-Justizminister ab: „Manipulative Verfahrensgestaltung“; seit mehr als zwei Jahren ist der Präsidentenposten am Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster unbesetzt – das höchste Richteramt im Verwaltungsrecht in Nordrhein-Westfalen. Der



alte Justizminister Peter von der CDU sprach sich im Mai 2022 für einen Bewerber aus, einen Tag nach der Landtagswahl, wie der WDR berichtet: „Dann erfolgte ein Wechsel im Justizministerium und der neue grüne Minister Limbach stoppte die Verfügung Ende Juni 2022. Zweieinhalb Monate später bewarb sich dann eine Frau aus dem NRW-Innenministerium, die laut dem Verwaltungsgericht zur Wunschkandidatin des Ministers wurde.“ Konkret hat der Minister demnach „sogenannte Überbeurteilungen für alle Bewerber verfasst, die neue Bewerberin dabei als ‘hervorragend geeignet’ beurteilt und vorgeschlagen, ihr das Präsidentenamt anzutragen.“ Das Verwaltungsgericht hat entschieden, dass zwei dieser ‘Überbeurteilungen’ durch den Grünen-Justizminister rechtswidrig waren. „Er habe dafür gar keine Kompetenz gehabt. Mit den ‘Überbeurteilungen’ habe Limbach zudem ‘zielorientiert’ die Auswahlentscheidung gesteuert und dabei teilweise die falschen Kriterien angewendet“, wie der WDR aus dem Urteil zitiert. Das Gericht bemängelt außerdem, dass der gezielte Stopp des vorherigen Bewerbungsverfahrens ohne Angabe von Gründen erfolgt sei. Offenbar sei es darum gegangen, die nachträgliche Bewerberin noch berücksichtigen zu können“, so der WDR: „Diese ‘manipulative Verfahrensgestaltung’ zu Gunsten der Bewerberin verletze den Anspruch des Antragstellers. Das ist ein anderer Bewerber des gestoppten Verfahrens. Er hatte geklagt und nun Recht bekommen.“ Das Gericht untersagte deswegen dem Land NRW im Eilverfahren, den Präsidentenposten am Oberverwaltungsgericht Münster mit Limbachs Wunschkandidatin zu besetzen und ordnete eine neue Entscheidung an.

30.09.2023 [WELT](#): Corona und die autoritäre Versuchung; Vorschläge von Kristina Schröder zur Aufarbeitung der Corona-Politik.

BÜCHER

Mai 2023 Prof. Dr. Andreas Sönnichsen: Die Angst- und Lügenpandemie: Ein Beitrag zur Aufarbeitung der Coronakrise.

AUFSÄTZE

03.09.2023 Dr. Sylvia Kaufhold, zu einem Beitrag des Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Josef Franz Lindner von der Uni Augsburg unter dem Titel „Der Bürger im Visier des Verfassungsschutzes“ erschienen in FAZ Einspruch.

IMPRESSUM

Herausgeber

KRiStA – Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.
Bessemerstraße 82
12103 Berlin

E-Mail: kontakt@netzwerkkrista.de

Website: <https://netzwerkkrista.de>

Vertretung des Vereins

jeweils einzeln vertretungsberechtigt als gleichberechtigte Vorstandsmitglieder:

Richard U. Haakh (E-Mail: Richard.Haakh@netzwerkkrista.de), Dr. Pieter Schleiter (E-Mail: Pieter.Schleiter@netzwerkkrista.de) und Karin Hark (E-Mail: Karin.Hark@netzwerkkrista.de)

V.i.S.d. § 18 Abs. 2 MStV

Dr. Manfred Kölsch (Bessemerstraße 82, 12103 Berlin)

E-Mail: kontakt@netzwerkkrista.de

Haftung für Links

Wir können keine Haftung für externe Links übernehmen. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

